

In Prokla Nr. 36 veröffentlichten wir eine Stellungnahme zur Auseinandersetzung zwischen Peter von Oertzen und Wolfgang Abendroth anlässlich der Bahro-Solidaritäts-Resolutionen in der westdeutschen Linken. Inzwischen erreichte uns eine Replik von Peter v. Oertzen, die wir im folgenden mitsamt der Antwort der Redaktion dokumentieren. (Red.)

Peter v. Oertzen

Werte Genossen,

Ihr habt in einer gemeinsamen Erklärung zu meiner Kritik an Wolfgang Abendroths Dissidentenartikel im „Argument“ Nr. 111 und zu der daraufhin entstandenen Diskussion Stellung genommen. Ich teile Eure grundsätzliche Haltung in allen wesentlichen Punkten; aber die praktischen politischen Konsequenzen, die Ihr zieht, scheinen mir merkwürdig widersprüchlich zu sein.

Ihr fordert zurecht die Auflösung jener selbstgeschaffener Blockierung der Linken: „Nämlich entweder in solidarischer Kritik mit den sozialistischen Ländern zu verharren und unfähig zu sein zur Solidarität mit den dort Verfolgten oder gar zu einer stur antikommunistischen Abgrenzung herunterzukommen und folglich unfähig zu sein, sozialistische Strategien im Westen zu entwickeln.“

Im Gegensatz zu manchen Verteidigern Abendroths, die das, was er in dem fraglichen Artikel geschrieben hat, einfach nicht wahrhaben wollen, bestätigt Ihr meine Interpretation: „Die Solidarität mit Bahro ist für uns keine Frage der taktischen Opportunität – wie für Abendroth –, und in der Kritik an diesem Argument in Abendroths Position hat von Oertzen recht. Die inhaltliche Bahros ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Opportunität in bezug auf die wohlverstandenen Interessen der DDR zu kritisieren, sondern prinzipiell ein Unrecht.“

Ihr weist mit guten Gründen darauf hin, „daß es sich die Linke (...) nicht leisten kann, unter dem Primat der Solidarität notwendige Diskussionen (...) zu unterdrücken.“ Und in Abwehr einer weitverbreiteten Haltung sagt Ihr: „Aus Angst vor dem Beifall von der falschen Seite in der Kritik zurückhaltend zu sein, würde die marxistische Linke in der Bundesrepublik ihrer Grundlage im offenen Prozeß von Kritik und Selbstkritik berauben.“

Alle diese Aussagen decken sich mit meinen eigenen Auffassungen; und Ihr bestätigt Eurerseits – unausdrücklich oder sogar ausdrücklich – den inhaltlichen Standpunkt meiner Abendroth-Kritik. Schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen uns liegen jedoch auf dem Gebiet der politischen Praxis und Taktik.

Ihr formuliert Eure politische Haltung mit erfreulicher Klarheit: Auch wenn Ihr in der Bahro-Frage Abendroth inhaltlich kritisiert, auch wenn es zwischen Euch und der „sozialdemokratischen Sozialismus-Kritik Berührungspunkte gibt“, gehört Eure politische Solidarität als Sozialisten Wolfgang Abendroth (und nicht – das sagt Ihr zwar nicht ausdrücklich, aber Ihr meint es – dem linken Sozialdemokraten Peter von Oertzen). Für die „marxistische Linke“ (ob es eine nicht-marxistische, aber dennoch sozialistische Linke gibt, prüft Ihr leider nicht) heißt demgemäß Eure taktische Marschroute: „sich (...) wegen inhaltlicher Differenzen von sozialdemokratischen Politikern auseinanderdividieren zu lassen, würde den notwendigen Prozeß der Vereinheitlichung der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik Deutschland zurückwerfen.“

Zum besseren Verständnis unserer Differenzen will ich versuchen, Eure Position in ihren einzelnen Bestandteilen zu formulieren und sie dann kritisch zu kommentieren.

1. Ihr geht davon aus, daß es in der Bundesrepublik Deutschland – zumindest potentiell – eine sozialistische Linke gäbe und daß eine „Vereinheitlichung“ dieser Linken möglich und nötig sei.
2. Zu dieser Linken gehört Eurer Meinung nach auch die politische Tendenz von Wolfgang Abendroth, obwohl er in der zentral wichtigen Frage der sozialistischen Demokratie einen Eurer Auffassung nach prinzipiellen falschen Standpunkt vertritt. Ihr sagt zwar nicht ganz klar, ob Ihr auch die DKP und ihr politisches Umfeld zu dieser Linken rechnet, aber aus dem Zusammenhang Eurer Ausführungen geht eindeutig hervor, daß Ihr es tut.
3. Hingegen zählt Ihr linkssozialdemokratische Positionen wie die meinen offenbar nicht zur sozialistischen Linken in der Bundesrepublik.

4. Demgemäß hat auch Wolfgang Abendroth (und wohl auch die DKP) Anspruch auf Eure politische Solidarität, ein linker Sozialdemokrat jedoch nicht. Ich rede hier bewußt von der *politischen* Solidarität; auf die Solidarität als Mensch und Bürger hat jeder Anspruch, der verfolgt oder sonst in seinen Menschen- und Bürgerrechten gekränkt wird, ganz gleich, welche politische Auffassung er vertritt.)

5. In der Konsequenz Eurer Haltung weist Ihr meine Kritik an Abendroth – trotz weitgehender inhaltlicher Übereinstimmung – prinzipiell zurück, weil ich meinen Eurer Auffassung nach an sich sachlich zutreffenden Standpunkt im Interesse der SPD „instrumentalisiert“, d.h. „fraktionell und politisch gegen einen Teil der Linken gewendet“ hätte.

6. Darüberhinaus unterstellt Ihr mir bei meiner Kritik „politischen Opportunismus“, d.h. Ihr bezweifelt, daß diese Kritik Ausdruck einer in sich stimmigen linken politischen Position ist. Obwohl Ihr Euch nicht klar ausdrückt, deutet Ihr doch an, daß ich meine Kritik nicht oder nicht in dieser Form geübt haben würde, wenn ich damit nicht taktische Ziele in der SPD und für die SPD verfolgt hätte.

Hierzu einige kritische Anmerkungen:

Zu 1. Was meint Ihr mit „Vereinheitlichung der sozialistischen Linken“? Offenbar nicht bloß eine politisch-taktische Zusammenarbeit linker Organisationen und Strömungen bei Fortbestehen grundsätzlicher politischer Differenzen, sondern eine politisch-ideelle Vereinheitlichung, wenn schon nicht in einer einzigen Partei, so doch in einem festen Bündnis auf der Grundlage prinzipieller programmatischer Übereinstimmungen. Was gehört aber Eurer Meinung nach zu diesen gemeinsamen programmatischen Auffassungen? Haltet Ihr zum Beispiel das prinzipielle Bestehen auf uneingeschränkter Freiheit der Wissenschaft, der Meinung, der politischen und der gewerkschaftlichen Betätigung für einen wesensnotwendigen Bestandteil einer sozialistischen Gesellschaft und einer sozialistischen Politik? Wenn Ihr diese Frage bejaht, wie ich eigentlich annehme, haltet Ihr ein mehr als bloß taktisches Bündnis mit solchen „sozialistischen“ Tendenzen für theoretisch denkbar und praktisch erfolversprechend, die jene Freiheiten für grundsätzlich zweitrangig halten (wie alle regierenden kommunistischen Parteien, wie aber auch die DKP) oder sie nach Opportunitäts Gesichtspunkten relativieren (wie Abendroth und seine engeren Freunde). Wie stellt Ihr Euch zum Beispiel an in einer konkreten Konfliktsituation (etwa ähnlich dem Überfall auf die CSSR im August 1968) das politische Verhalten einer „vereinigten“ Linken vor, in der Abendroth und DKP vertreten sind? (Mit ihren gegenwärtigen Haltungen in diesen Fragen; sollten sie sie ändern, wäre das Problem gelöst.)

Zu 2. Oder mal ganz scharf zugespitzt: Sind Eurer Meinung nach solche Gruppen „Linke“, die ihre politischen Gegner einlochen (wie die SED) oder die diese Repressionen rechtfertigen (wie die DKP) oder diese Streitfragen verschleiern oder relativieren, um ihre Bündnisstrategie nicht zu gefährden (wie Abendroth)? Nach welchen Maßstäben zählt Ihr überhaupt bestimmte Tendenzen zur „sozialistischen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland? Ist Euer Hauptkriterium zum Beispiel eine klare kämpferische antikapitalistische und antiimperialistische Haltung? Danach müßtet Ihr bestimmte revolutionäre nationalistiche Gruppen („Linksfaschisten“, „Nationalbolschewisten“) auch zur „Linken“ rechnen! Tut Ihr das? Oder legt Ihr das Bekenntnis zum Marxismus und zu bestimmten sozialistischen Traditionen oder Symbolen („Rote Fahne“) zugrunde? Danach fielen dann Anarchisten und Anarchosyndikalisten (von etlichen dezidiert antimarxistischen Spontis ganz zu schweigen) heraus, die den Marxismus als Verrat am libertären Sozialismus bekämpfen und deren Traditionsfarbe schwarz und nicht rot ist. Hingegen würden bestimmte Teile der SPD-Linken dazu zählen? Wer also ist Eurer Meinung nach „links“ und aus welchen Gründen?

Zu 3. Leugnet Ihr, daß es in der SPD eine sozialistische Linke gibt (wie schwach sie auch immer sein möge und wie sehr durch die Parteidisziplin in ihrer Aktionsfreiheit beschränkt)? Und wenn nicht: Glaubt Ihr, eine „sozialistische Linke“ in der Bundesrepublik ohne die sozialdemokratische Linke (die es nicht nur in der Partei, sondern auch und nicht zuletzt in Gewerkschaften gibt) schaffen zu können? Meint Ihr, daß diese Kräfte unter veränderten parteipolitischen Bedingungen ihre kompromißlosen antistalinistischen Positionen aufgeben würden? Glaubt Ihr zum Beispiel wirklich, ich hätte eine einzige Zeile meiner Abendroth-Kritik anders geschrieben, wenn ich nicht Mitglied der SPD wäre?

Zu 4. Ihr habt Euch aktiv an der Solidaritätsbewegung für Bahro beteiligt. Ich habe mich ebenfalls beteiligt; Abendroth hingegen hat die Beteiligung daran abgelehnt; (wir wissen warum: um seine Bündnisfähigkeit bei der DKP/SED nicht zu gefährden). Trotzdem seid Ihr „als Sozialisten“ mit Abendroth solidarisch. Nicht jedoch mit mir. Was heißt für Euch politische Solidarität? Worin liegt sie begründet, wenn nicht in der programmatisch begründeten praktischen Übereinstimmung bei politisch zentralen Fragen? Oder ist die Bahro-Frage, die Frage des Stalinismus, nicht zentral?

Zu 5. Ihr sagt, ich hätte meine Kritik an Abendroth „fraktionell und politisch“ „instrumentalisiert“. Worin liegt der Vorwurf dieser Feststellung begründet? Ist Eurer Meinung nach „fraktionelles“ Handeln an sich verwerflich? Und zurück zu unserer konkreten Streitfrage: Ist der Standpunkt Abendroths in Übereinstimmung mit demokratischen und sozialistischen Prinzipien? Und wenn er das nicht ist, wie ich meine, aus welchen Gründen darf ich ihn dann nicht als das charakterisieren, was er meiner Meinung nach objektiv ist: als undemokratisch und damit als unsozialistisch? Soll ich mich aus Motiven „linker Solidarität“ zurückhalten? Aber welche Solidarität schulde ich einer politischen Tendenz, die, falls ich selbst in der Lage Bahros gewesen wäre und im Knast gesessen hätte, nicht bereit gewesen wäre, kompromißlos meine Freilassung zu fordern (oder die gar, wie die DKP, mit inniger Freude begrüßt hätte, daß wieder mal ein „Konterrevolutionär“ „unschädlich“ gemacht worden ist).

Zu 6. Die bisher genannten Argumente Eurer Kritik an meinem Verhalten sind diskutierbar und – wie ich meine – widerlegbar. Der Vorwurf des Opportunismus ist es nicht. Man kann nicht öffentlich seine eigene politische Integrität beteuern, ohne sich lächerlich zu machen. Ich beschränke meine Kritik an Euch in dieser Sache auf einige Einzelpunkte.

– Ich sitze als Sozialdemokrat im „Glashaus“. Gewiß! Ich kann und will mich der Mitverantwortung für die Unterlassungen, Fehler und Sünden der SPD nicht entziehen (und auch nicht versuchen, ihre Leistungen und die Sünden anderer dagegen aufzurechnen). Aber Ihr solltet mir doch sagen, wann und wo ich jemals die Unterdrückung der Freiheit prinzipiell gerechtfertigt oder auch nur (wie Abendroth) opportunistisch relativiert hätte. Eines muß ich mir lassen: daß ich die Praxis der „Berufsverbote“ nicht früh, nicht entschlossen, nicht konsequent genug bekämpft habe. Diesen Irrtum habe ich erkannt, und ich ziehe daraus die praktischen Konsequenzen. Euer hämischer Hinweis, daß ja auch Bahro in der Bundesrepublik Deutschland vom Berufsverbot bedroht sei, wird damit hinfällig, was mein Verhalten anbetrifft.

– Euer Vergleich der – opportunistischen – programmatischen Aussagen Abendroths mit der – opportunistischen – Praxis sozialdemokratischer Regierungsvertreter geht an der Sache vorbei. Hier werden Äpfel und Birnen zusammengezählt. Unzweifelhaft arbeitet die Bundesrepublik zum Teil sehr eng mit Diktatoren zusammen; aber dies tut – leider – jeder Staat auf diesem Erdball (auch Kuba, auch die UdSSR, von der exzessiv reaktionären Bündnispolitik Chinas ganz zu schweigen). Aber ich wüßte keinen führenden Sozialdemokraten, der die Unterdrückung der Freiheit, der Wissenschaft, der Meinung, der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung in Wort oder Schrift prinzipiell gutgeheißen oder opportunistisch gerechtfertigt hätte.

– Es bleibt als letztes Eure Unterstellung, daß ich es ganz allgemein „für politisch opportun“ gehalten hätte, meine Kritik an Abendroth in dieser Form zu äußern. Hier schimmern bei Euch Elemente alter „linker“ Verschwörungstheorien durch. So, als ob ich im Interesse der SPD – und am Ende gar in Absprache mit Schmidt, Brandt und Bahr – meine Polemik geführt hätte mit dem Ziel, „die“ Linke „auseinanderzuidividieren“. Dem ist aber nicht so. Natürlich werde ich bei meiner offensiven Auseinandersetzung mit dem Stalinismus nicht behindert; aber viele führende SPD-Leute empfinden meine Aktivitäten doch eher als lästig und als schädlich für die „Entspannungspolitik“.

Aber die Realitäten des inneren Zustandes der SPD in aller ihrer Widersprüchlichkeit lassen sich wohl von Euren etwas abgehobenen theoretisch-politischen Standort aus nicht so genau erkennen.

Ich habe mir Mühe gegeben, Eure Argumente ernsthaft und sorgfältig (und ohne überflüssige Polemik) zu diskutieren. Vielleicht würdigt Ihr meine Argumente einer ähnlichen Behandlung.

Mit sozialistischem Gruß

Peter von Oertzen

Stellungnahme der Redaktion zur Antwort von Peter von Oertzen

Selten genug finden Diskussionen innerhalb der Linken in der Bundesrepublik so statt, daß auf *inhaltliche* Kontroversen eingegangen wird und nicht nur vorgefaßte „Standpunkte“ aufeinanderprallen. Wir freuen uns deshalb über die Replik von Peter von Oertzen auf unseren Beitrag zur Solidarität mit Rudolf Bahro. Durch dessen Freilassung und sein politisches Wirken in der Bundesrepublik ist eine neue Situation gegeben, da nunmehr die Möglichkeit für alle Beteiligten besteht, ganz „nichtopportunistisch“ über seinen „Fall“ und vor allem über seine Thesen zu diskutieren. Wir gehen hier kurz auf die Replik ein, weil sie grundsätzliche Fragen aufwirft.

Für die „unabhängige Linke“ (wir übernehmen hier einmal die Bezeichnung, die Oertzen zuletzt gewählt hat, vgl. „links“, Nr. 118, Januar 1980) ist die Einschätzung der „Linken in der SPD“ eine ebenso wichtige Frage wie die Einschätzung der Strömungen und Organisationen, die Oertzen als „Alt- und Neustalinismus“ charakterisiert. In diesem Kontext ist auch unsere Stellungnahme in Prokla 36 angesiedelt, die sich zudem auf unsere langjährige Kritik theoretischer und politischer Positionen dieser Strömungen stützt. Viele der Fragen, die Oertzen uns stellt, erweisen sich vor diesem Hintergrund als rhetorische. Natürlich, um ein Beispiel herauszunehmen, „leugnen“ wir nicht, daß es eine „sozialistische Linke“ in der SPD gibt, auch nicht, daß noch weiter gesehen eine „sozialdemokratische Linke“ in Partei und Gewerkschaften existiert. Hier geht es nicht um die einfache Realität vorhandener verschiedenartiger Strömungen innerhalb der „gesamten Linken“ und um Definitionsprobleme darüber, wer denn heute alles zur „Linken“ zu zählen sei. Auch nicht um die Frage wechselseitiger Anerkennung als „links“. Da es unter den politischen Konstellationen in der Bundesrepublik heute kaum mehr als opportun gilt, „links“ zu sein, können wir wohl davon ausgehen, daß der Selbsteinschätzung als Linkem ein gehöriges Maß an Engagement, Mut und Wahrheitswille zugrundeliegt, womit die eigentlichen Probleme jenseits von Vorabdefinitionen liegen.

Mit rein programmatischen Vorabdefinitionen würde man es sich auch allzu leicht machen. Das Problem in der Auseinandersetzung mit den „Alt- und Neustalinen“ ist etwa, daß sie zur Linken gehören – und nicht nur in der Selbsteinschätzung, sondern auch nach Geschichte und Tradition und auch in der Fremdeinschätzung seitens der Rechten sowie jener Sozialdemokraten, die v. Oertzen nicht zur „Linken“ zählen würde. Ähnliches gilt für die sozialdemokratische Linke. Vor einer intensiven Auseinandersetzung also schon entscheiden zu wollen, was ein linker „ideeller und politischer Minimalkonsens“ (vgl. „links“ Nr. 118) beinhalten könnte, erinnert uns fatal an die Parole aller Dogmatiker, von der katholischen Kirche bis zur ML-Bewegung, die da lautet „Erst Klarheit, dann Einheit“.

Obwohl wir beispielsweise *prinzipiell* auf der uneingeschränkten Freiheit der Wissenschaft, der Meinung, der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung und anderen Menschen- und Bürgerrechten bestehen, müssen wir zunächst als Realität hinnehmen, daß andere „Linke“ zu diesen Fragen eine andere Position haben, die ja *nicht* „prinzipiell“ anders ist. Abendroth oder der DKP *generell* zu unterstellen, für sie seien jene Freiheiten „grundsätzlich zweitrangig“ oder nach „Opportunitätsgesichtspunkten“ relativierbar, ist sachlich nicht gerechtfertigt. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß diese Strömungen der Linken auch prinzipiell jene Freiheiten für notwendig halten, allerdings je nach gesellschaftlicher und historischer Situation sich gezwungen sehen zu unterscheiden, inwieweit das Prinzip *durchführbar* ist. Dahinter steckt eine allzu lange Tradition fragwürdiger Theorie und Praxis in bezug auf die Zweck-Mittel-Relation politischen Handelns, als daß man von diesen Linken ein schlichtes „Abschwören“ erwarten könnte. Umgekehrt sind die „sozialdemokratischen Linken“ nicht schon deshalb „prinzipiell“ innerhalb der gesamten Linken bündnisfähig, weil sie prinzipiell für jene Freiheiten eintreten. Auch hier ist zu fragen, wie es mit der Zweck-Mittel-Relation aussieht. Gibt es nicht eine ebenso fatale „reformistische“ Tradition politischen Handelns, die trotz Bekenntnisses zu jenen großen Prinzipien fallweise realen gesellschaftlichen und historischen Konstellationen nachgibt, innerhalb derer solche Prinzipien nicht mehr oder noch nicht in *Reinheit* durchführbar waren und sind? Wir denken an die Tolerierungspolitik der Sozialdemokraten nach 1930, an die Haltung gegenüber Diktaturen – wie zuletzt Brasilien, schließlich an die Berufsverbots- und Antiterrorgesetz-Praxis, wo ja auch die Sozialdemokratie (und mit Zähneknirschen ein Großteil

ihrer Linken) bis an die „Grenze des Rechtsstaates“ gegangen ist, tatsächlich diese Grenze kräftig mit verschoben hat. Auch das ist nicht nur „Opportunismus“.

Nun wollen wir uns nicht als die wahren Sozialisten „in der Mitten“ darstellen. Vielmehr sehen wir die *Unabhängigkeit* der „unabhängigen Linken“ gerade darin, nicht solchen parteipolitischen Traditionen und Bindungen verpflichtet zu sein und damit an dogmatisierten „Prinzipen“ festkleben zu müssen. Wir wollen durch einen intensiven Prozeß der Kritik und Selbstkritik dazu beitragen, daß die notwendigen Kontroversen innerhalb der „Linken“ *historisch* und *politisch* geführt werden, um diese Dogmatisierungen überhaupt erst einmal aufzubrechen.

So steckte in der Debatte um die Bahro-Solidarität zwischen Abendroth u.a. und Oertzen u.a. eben *mehr* als Oertzen in seiner Replik wahrgenommen hat. Hätten wir mit dem Vorwurf des „Opportunismus“ seine *persönliche* politische Integrität angegriffen, dann hätte er in weiten Teilen seiner Replik recht. Sicher hat er die Kritik an Abendroth und seine Solidarität mit Bahro *nicht* formuliert, um der Sozialdemokratie im Kampf gegen die „Alt- und Neustalinisten“ einen Dienst zu erweisen, *noch* um direkt die Diskriminierung politisch Andersdenkender in der Bundesrepublik und damit die Unterdrückung der Freiheit „prinzipiell“ zu rechtfertigen oder zu relativieren. Wir haben ja auch nicht behauptet, er hätte es „allgemein“ für politisch opportun gehalten, auf Abendroth einzudreschen. Wir zitieren dagegen aus Prokla 36: Oertzen „treibt die Polemik gegen Abendroth auf eine Ebene der Auseinandersetzung, auf der die Kritik zum taktisch-opportunen organisationspolitischen Knüppel verkehrt wird, indem dessen Auffassungen flugs für unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie und der freien Gewerkschaften erklärt werden ... (er) hält es eben für politisch opportun, die Bahro-Solidarität im Zusammenhang mit der derzeit in den Gewerkschaften geführten Kampagne gegen DKP-Mitglieder (und DKP-nahe Positionen) zu instrumentalisieren – Bahro-Solidarität wird auf diese Weise (!) fraktionell und politisch gegen einen Teil der Linken gewendet“. Der Zusammenhang ist klar. Niemand bestreitet Oertzens integre *sozialistische Motivation*, wobei hier ein Wort zur Selbstkritik nötig ist: die Formulierung „die sich moralisch entrüstet gebende Kritik“ als Bezeichnung für Oertzens persönlichen Vorstoß ist unrichtig. Sie bleibt allerdings richtig für die politische Kampagne, die daran angeknüpft hat.

Wir verweisen jedoch darauf, daß ein Teil der sozialdemokratischen Linken die Auseinandersetzung um Bahro sehr wohl dazu benutzt hat, um innergewerkschaftliche und teilweise innerparteiliche Konflikte mit dem großen Knüppel der Menschenrechte zu entscheiden. Es ist doch zu fragen, ob Oertzen seine verschiedenen „Rollen“, in denen er auftritt, nicht einfach verdrängt. Kann er denn darüber hinweggehen, daß seine Stimme als Mitglied des Parteivorstandes und prominenter sozialdemokratischer Linker eben *nicht nur* als die seiner Person wahrgenommen wird, sondern sehr wohl als Richtungsangabe für eine ganze Strömung? Und daß innerhalb dieser Strömung auch die Tendenz existiert, sich durch *Abgrenzungen* gegen „Marxisten“ und „Kommunisten“ als integre und deshalb *integrierbare* demokratische Linke darzustellen? Diese unsere Vermutung hat mit „Verschwörungstheorie“ nichts zu tun. Nehmen wir als Beispiel die Entwicklung in Sachen Berufsverbot. Die halberzige „Liberalisierung“ durch die Koalition hat dazu geführt, daß alle „kommunistischen“ Gruppen beyond the line sind, und zwar deutlicher und unumstrittener denn je, während die „unabhängige“ und sozialdemokratische Linke mehr oder weniger ihre Köpfe retten kann. Dies ändert an dem grundsätzlich rechtsstaatswidrigen Verfahren nichts, hat aber sowohl zu einer Beruhigung der nichtkommunistischen Linken als auch zur Verstärkung von *abstraktem* Abgrenzungsdenken geführt. In diese Kerbe haut Oertzen u. E. nun auch wieder in seiner Replik.

Demgegenüber sind wir *politisch* mit dem Sozialisten Abendroth und seiner Richtung solidarisch, eben weil gegenwärtig in der Bundesrepublik vielen Linken, deren Ansichten wir nicht teilen, *Bürgerrechte* beschnitten werden. (Warum Oertzen meint, wir seien mit ihm als linkem Sozialdemokraten nicht politisch solidarisch, ergibt sich aus der Verwechslung seiner persönlichen Meinung mit seiner Rolle als prominenter Sozialdemokrat). Würden den Kommunisten in unserem Lande die vollen Bürgerrechte gewährt, wozu auch der undiskriminierte Zugang zum öffentlichen Dienst, u.a. an die Universitäten und in die Schulen, gehört, müßten wir unsere *besondere* Solidarität mit Abendroth und seiner Richtung nicht betonen. Aber das übersieht Oertzen generell: daß durch die Beteiligung der Sozialdemokratie an der offiziellen, durch die *staat-*